

Zur deutschen Kriegsmoral

(GS 2-22 und 3-22) Teil 2

5 1. Putins Trolle und Europas Gegenwehr: Die Meinungsfreiheit als Waffe (GS 2-22)

Die Bürger hierzulande wissen über die Öffentlichkeit Russlands bestens Bescheid: Dort handelt es sich um eine riesige Propagandamaschinerie, Meinungsbildung ist Resultat von Repression und Putin führt über die eigenen Grenzen hinweg einen Informationskrieg, der unsere Demokratie bedroht. Was kann man diesen Urteilen entnehmen?

15 — *Da wird eine seltsame Beschwerde vorgetragen: Putin führe seinen Informationskrieg bei uns und das finde sogar noch Zuspruch im Netz. Dadurch werde nicht nur unsere Meinungsfreiheit, sondern unsere nationale Sicherheit bedroht. Dagegen wird auch vorgegangen und u. a. den russischen Medien ihre Sendelizenzen entzogen. Das ist ein Widerspruch: Als unbefangener Mensch würde man doch sagen: dann nehmen wir mal unsere Meinungsfreiheit wahr, prüfen die Argumente, die da von russischer Seite kommen und halten dagegen, wenn sie nicht stimmen. Das aber passiert gerade nicht.*

20 — *Soll da der hiesigen Öffentlichkeit vorgeworfen werden – dass sie keine anderen Argumente zur Kenntnis nimmt und nicht gegen die russische Seite argumentiert?*

25 — *Das Bemerkenswerte ist doch, dass man Putins Trolle hierzulande als Bedrohung wahrnimmt. Warum wird das in unserer schönen Demokratie, wo Meinungsfreiheit herrscht, nicht argumentativ ausgestritten, warum werden stattdessen die Gefahren für unsere nationale Sicherheit an die Wand gemalt?*

So allgemein redet der Artikel nicht über Meinungsfreiheit, schon gar nicht als eine Sphäre, wo normalerweise ein sachlicher Austausch von Argumenten stattfindet. Die Stellungnahmen der russischen Presse werden vielmehr als *Sicherheitsrisiken* geahndet, die ausgeschaltet gehören, damit sie nicht bei 'unseren' Leuten verfangen. Auffassungen, die nicht zur offiziellen deutschen Sichtweise passen, werden ausgegrenzt. Das nimmt der Artikel zum Anlass für die Frage: Was lernt man daraus über die *Funktion* der Meinungsfreiheit in dieser Gesellschaft, v.a. auch unter den Bedingungen des aktuell stattfindenden Kriegs in der Ukraine?

35 — *Das Anliegen ist, die Meinung des Volkes ins richtige Fahrwasser zu bekommen und das vollziehen sie hierzulande über die Kriminalisierung der falschen Meinungen und deren Verbote.*

40 Dabei ist es ja gar nicht so, dass das Volk sich derzeit im falschen Fahrwasser befände und da wieder raus geholt werden müsste. Das übliche Denken der Bevölkerung soll vor *Entgleisungen* bewahrt werden, die durch *auswärtige* öffentliche *Einflussnahme* ebenso wie durch interne Abweichler drohen *könnten*. Daraus zieht der Artikel den Schluss: „... dann wird der überragende politische Stellenwert des privaten Meinens in der Demokratie einmal ganz anders deutlich“ (S. 23 u.).

45 — Weil der Staat den Willen der Leute für sich beansprucht, kommt es ihm darauf an, dass sich die Leute zustimmend zu seinen politischen Maßnahmen verhalten. Mir ist aber nicht ganz klar, worin die Leistung besteht, wenn der Bürger aus vollem Herzen Ja zu den Regierungsmaßnahmen sagt.

— Aber stimmt das denn, dass die Bürger – gerade jetzt in Kriegszeiten – den politischen Maßnahmen voll und mit ganzem Herzen zustimmen sollen? In den Talkshows wird ohne Ende gestritten. Allerdings ist dabei unterstellt, dass alle vom gemeinsamen Standpunkt der Sorge ums nationale Kollektiv argumentieren.

— Insofern ist das private Meinen immer sehr politisch: Da wird im Diskurs ein konstruktiver Bezug zu den staatlichen Notwendigkeiten hergestellt. Dass ‚wir uns gegen Putins Angriffskrieg wehren müssen‘, ist der geteilte gemeinsame Inhalt und die Vorgabe fürs Denken, die sich jeder zu eigen machen soll.

— Im Artikel heißt es, dass der Blick des Staates aufs private Meinen hier mal „ganz anders“ ist. Inwiefern? Im Unterschied zu sonst wird hier nicht das Klägliche am privaten Meinen, das praktisch belanglose Rasonieren betont. Jetzt gilt umgekehrt: Der Inhalt des Meinens ist von Belang, gerade weil es privat ist.

Der Artikel argumentiert umgekehrt: Wenn der Staat das Meinen der Bürger so hoch hängt, nämlich als Risiko für seine Sicherheit, dann misst der Staat dieser Sphäre eine hohe Bedeutung zu und zwar ziemlich prinzipiell und nicht erst im Kriegsfall. Die Sphäre der Meinungsfreiheit wird ja permanent betreut. Zur Inanspruchnahme des Bürgers durch den Staat gehört, dass der Bürger sich diese Beanspruchung geistig so zurechtlegt, dass die staatlichen Maßnahmen seine Zustimmung finden. Damit die Bürger das, was von ihnen praktisch verlangt wird, *freiwillig* mitmachen, ist es erforderlich, dass sie sich die Notwendigkeit dessen einleuchten lassen. Das ist die *Leistung* des freien Meinens fürs *Funktionieren* dieses Gemeinwesens. Das Mitmachen will der Staat nicht ständig erzwingen müssen. Indem die Bürger sich die staatlichen Maßnahmen als moralische Problemstellungen vorlegen, auch in Talkshows darüber rechten, kriegen sie diese Übereinstimmung mit dem Staat hin.

— Aber die Leistung des Meinens als Ergebnis ihres freien Willens ist doch in dieser aktuellen Situation viel bestimmter als in normalen Zeiten, wo es um die Beurteilung der Politik zwischen zwei Wahlperioden geht. Die Bürger sollen schließlich diesem Krieg zustimmen und werden dafür auch praktisch ran genommen. Daher findet jetzt eine Umkehrung statt: Das Private ist nicht mehr nur belangloses Meinen, sondern gerade weil es privat ist, politisch. Der Staat will diese private Übereinstimmung mit seinen Kriegsmaßnahmen.

Die Unterscheidung zwischen Kriegs- und normalen Zeiten stimmt so nicht: Auf Zustimmung kommt es *immer* an und dafür wird in der Demokratie auch immerzu viel Aufwand betrieben. Aber in Kriegszeiten, wo vermehrte Verzichtsbereitschaft – am Ende bis hin zur Aufgabe der eigenen Existenz – verlangt ist, zieht der Staat die Grenzen der Zustimmung viel enger, richtet sein Augenmerk vermehrt darauf, was hierzulande gedacht und gesagt werden darf, und schreitet gegen abweichende Äußerungen ggf. mit Verboten ein. Weil die Lage im Kriegsfall ernst ist, begutachtet der Staat die Sphäre der Meinungsfreiheit umso besorgter. Das Verbot von russischen Medien zeigt, wie wichtig ihm die Zustimmung der Bürger auch und gerade in Kriegszeiten ist. Zugleich ist das eine diffizile Angelegenheit,

weil der Staat den Inhalt der Meinungen gerade nicht aufkrotzieren will, sondern dies als eigenständige geistige Leistung der von ihm beanspruchten Bürger vollzogen haben will. Dabei kann er sich auf eine Öffentlichkeit verlassen, die ganz unabhängig und frei *von sich aus* abweichende Meinungen aufspürt, diskreditiert und aus dem anerkannten Meinungsspektrum herausäubert.

— *Mir leuchtet ein, dass es dem Staat um die Zustimmung geht. Aber gleichzeitig macht er doch von der Zustimmung gar nichts abhängig.*

Den Gedanken muss man umdrehen: Der Staat macht von der Zustimmung der Bürger nichts abhängig, aber sie ist ihm sehr wichtig, damit seine Politik erfolgreich ist, weil die Bürger sich im Großen und Ganzen an seine Vorgaben und Gesetze halten, ohne dass er hinter jeden einen Polizisten stellen muss.

— *Vielleicht wird diese Zustimmung zu abstrakt gedacht: Der Staat will, dass die Leute das, was er ihnen an Regelungen und Einschränkungen vorsetzt, als ihre Lebensbedingung akzeptieren. Dafür müssen sie sich diese Maßnahmen einleuchten lassen und zu eigen machen. Das ist im normalen zivilen Leben immerzu erforderlich, weil es sich um Zumutungen für die Leute handelt. Im Kriegsfall erfährt das eine deutliche Steigerung, z.B. die Auswirkungen des Wirtschaftskriegs auf ihr Zurechtkommen. Das sollen die Leute mitmachen und sich gefallen lassen. Dazu braucht es die Einsicht, dass das jetzt sein muss.*

Und dieses Einsehen geht darüber, dass sich die Leute die Stellung und Problemlagen der Politik praktisch zu eigen machen. Darüber, dass sie ein Feindbild entwickeln, das teilweise noch radikaler ist als das der Politik, richten sie sich moralisch für kommende Zumutungen her. Das ist kein Dulden und in Kauf nehmen.

— *Das ist eben kein vernünftiges „Einsehen“, sondern die Leute machen sich die Moral zu diesem Krieg zu eigen. Die Öffentlichkeit kümmert sich darum, dass die ganze Aufgeregtheit und die Empörung auch dieses private moralische Urteil bei den Leuten hervorbringt.*

— *Die Freiheit des Meinens, sich die Verrücktheit zu leisten, sich als Subjekt der Sache zu fühlen und sich allerlei bessere Alternativen auszudenken, wird nicht prinzipiell beschränkt. Die Leistung der Meinungsfreiheit, letzten Endes den staatlichen Maßnahmen zuzustimmen, ist in Kriegszeiten viel fundamentaler, viel mehr das unmittelbare Leben betreffend. Da bekommt das „wir“ nochmal seinen besonderen Sinn.*

— *Aber die freie Meinungsäußerung wird nicht nur nicht prinzipiell beschnitten: Es ist überhaupt kein Angriff auf die freie Meinungsäußerung, sondern das ist doch genau die Art und Weise, wie sie sich betätigt.*

Der Gehalt dieser Betätigung ist mit dem „wir“ nur sehr abstrakt ausgedrückt. Dass der Bürger die Zwecke und Vorgaben des Staates zu seiner Privatsache macht, ist sein *Fehler*. Wenn er sich so mit dem Staat identifiziert, lässt er sich von ihm auch für dessen Zwecke in Anspruch nehmen.

Die Meinungsfreiheit des normalen Bürgers wird einerseits nicht beschnitten. Andererseits unternimmt der Staat in dieser Sache aber etwas, wenn er seine Sicherheit gefährdet sieht. Er definiert, was strafbar ist. Ob z.B. bei der Verherrli-

135 chung des Krieges die Grenze neu zu ziehen ist, ob da nicht eine strafbare Hand-
lung vorliegt, die man verfolgen muss. Und *deren* Meinungsfreiheit wird dann tat-
sächlich eingeschränkt. Ebenso ist es ein Eingriff, wenn der Staat dafür sorgt,
dass russische Sender abgeschaltet werden: die Leute können nicht mehr ein-
140 fach alle Informationsquellen, die ihnen interessant oder wichtig erscheinen, nut-
zen. Da werden doch die Meinungsfreiheit und Meinungsbildungsfreiheit, die die
Leute ja haben, beschränkt. Das mag den normalen Menschen nicht betreffen,
der darf sich seine Meinung bilden, bildet sie sich auch brav und ist aus vollem
moralischem Impetus für den Krieg und gegen Putin. Aber auf diese richtige Mei-
nung kommt es dem Staat jetzt so besonders an, darauf achtet er daher verstärkt,
145 dass er die Meinungsfreiheit an anderer Stelle dafür einschränkt.

— *Noch eine Nachfrage: Im Artikel heißt es „Ihre Bereitschaft und damit ihre
Tauglichkeit als Machtbasis und Manövriermasse ihrer Führung dort, wo die
Staatsgewalt ihre Sicherheit auf dem Spiel stehen sieht: nur das interessiert an
ihrem privaten Gedankengut (...) – eine Sorte Verachtung für die Meinungen der
150 Bürger, die mit Gleichgültigkeit eben nichts zu tun hat“ (S. 24 u.). Ausgeführt
wurde vorher, dass es dem Staat sehr auf die Haltung der Bürger ankommt, ihr
Meinen ihm also natürlich nicht gleichgültig ist. Aber warum steht es da nochmal
und worin besteht da genau die Verachtung?*

Einerseits kommt es dem Staat darauf an, dass die Leute das Richtige denken,
155 andererseits macht er sich von dem, was die Leute denken, sowieso nicht abhän-
gig, das zählt für ihn nichts. Das ist mehr als Gleichgültigkeit, die Gedanken sind
egal, aber das Resultat der Gedanken, dass die Leute als Machtbasis und Ma-
növriermasse zur Verfügung stehen, sich willentlich dafür hergeben, sich bean-
spruchen lassen – auf dieses praktische Resultat kommt es ihm an. Aber wer
160 etwas zu entscheiden hat, das sind die Politiker – insofern also Verachtung.

*

— *Auf S.25 geht es in dem langen Zitat um die Debatten darum, welche Äuße-
rungen schon strafbar sind. Es gibt z.B. Leute, die Putin eine gewisse Rechtferti-
gung für sein Tun zugestehen, oder es gibt die Friedensdemos, „Frieden schaffen
165 ohne Waffen“. Meinungen im Volk, die nicht sehr repräsentativ sind, aber es gibt
sie. Das ist für den Staat insofern eine diffizile Angelegenheit, weil er die Bürger
ja hinter sich stehen haben will, einfach nur verbieten ist an der Stelle also nicht
der Königsweg.*

— *Die Juristen tun sich außerdem richtig hart, an irgendwelchen politischen
170 Äußerungen herauszukriegen, ob sie nur aus Dummheit oder Irreführung oder
aus Überzeugung gemacht worden sind.*

— *An der Stelle schalten sich jetzt Lanz und Co. ein. Leute wie Wagenknecht
oder Krone-Schmalz werden vorgeführt, über ihre Aussagen diffamiert und aus
den zukünftigen Diskussionen ausgegrenzt. Daran merkt man die Militanz und
175 den Radikalismus in solchen Auseinandersetzungen gegen Äußerungen, die
nicht der staatlichen Kriegsmoral entsprechen.*

— *Weil es juristisch so schwer zu entscheiden ist, wann eine Meinung zu ver-
bieten ist, wann z.B. der Angriffskrieg geleugnet wird, sieht sich die Öffentlichkeit
umso mehr gefordert, alle Meinungen, die nicht konform sind, wegzusäubern.
180 Das führen sie gerade an Prominenten gerne vor.*

Aber das Selbstverständnis von Moderatoren wie Lanz, Illner usw. ist nicht, in die Bresche springen zu müssen, wo die Justiz nicht tätig und unfähig ist. Es ist schon deren eigene Überzeugung, die Verantwortung dafür zu tragen, dass sich die Leute auch richtig zur Politik stellen und das richtige Bewusstsein haben. Ihnen ist klar, dass die Anliegen der Politik diejenigen sind, mit denen sie die Leute be-
185 helligen müssen. Von dem Standpunkt her interviewen sie die Politiker und Pro-
minenten. Wenn es wie aktuell auf die Betonung ankommt, dass das Handeln
Deutschlands in diesem Krieg moralisch gerechtfertigt und deshalb notwendig ist,
muss die Öffentlichkeit bei ihren Gesprächspartnern besonders darauf achten, ob
190 das Gute obsiegt und das Böse zurückgedrängt wird. Insofern sortiert die „4. Ge-
walt“ von sich selbst aus unpassende Beiträge aus. Das ist keine abgesprochene
oder befohlene Arbeitsteilung.

— *Tauchen z.B. im Netz Meinungen auf, die nicht dem geforderten entsprechen
oder sogar als Rechtfertigung von Putin missverstanden werden können, sieht
195 sich die Öffentlichkeit besonders gefordert und wird dann mit ihrer Säuberung in
jeder Talkshow aktiv – da wartet sie natürlich nicht darauf, bis die Juristen ein
Verbot aussprechen oder nicht.*

Ein unmittelbarer Eingriff in die Meinungs- und Informationsfreiheit durch härteres
Durchgreifen und Verbote ist für den Staat eine diffizile Sache und auch gar nicht
200 immer nötig. Denn die Aufgabe, das falsche Denken nicht zu Wort kommen zu
lassen, es auszumerzen, leistet die Öffentlichkeit allemal von sich aus schon.

Der derzeit herrschende Radikalismus der Säuberung macht den Übergang, dass
eine falsche Stellung zu Putin oder zum Krieg einen Täter entlarve, der für den
Feind tätig ist. Das ist keine Auseinandersetzung mit Meinungen, die da verurteilt
205 werden, sondern die pure Diffamierung derjenigen, die solche Meinungen äu-
ßern. Die werden als Person aus dem Raum der öffentlichen Auseinandersetzung
ausgegrenzt.

— *Im Spiegelzitat auf S. 27 geht es um die Verantwortung der Promis als „War-
210 fluencer“. Dazu gab es kritische Stimmen, die fragen, ob einer wie Beckham über-
haupt der Richtige sein kann, um solche Botschaften rüberzubringen. Denn Beck-
hams account bei Instagram sieht so aus: erst Reklame für sein Rasierwasser,
dann ein Bericht einer ukrainischen Ärztin über die Lage vor Ort und anschließend
sein Statement zu dem neusten Modell von Maserati. Aber als Prominenter ist er
215 eben für viele Leute ein Vorbild und als solches kann er für alles stehen, für Ma-
serati-Werbung wie dafür, dass Putins Krieg böse ist: mit Kriegsmoral, Kriegsagi-
tation in seiner Reinform, ohne dass man sich irgendeinen spärlichen Gedanken
dazu macht.*

— *Wie es auch am Schluss im SPIEGEL-Zitat steht, es kommt auf das
220 „persönliche Erleben des Krieges“ an. Beckham übersetzt umstandslos und direkt
das persönliche Erleben der Kriegsgräuel in das Feindbild gegen Russland und
steht mit seiner prominenten Stellung dafür, dass das, was er von sich gibt,
Gewicht hat.*

Das Vorführen der Bilder passiert auf der jederzeit abrufbaren Gleichung: es ist
225 Putins Krieg und alles Schreckliche ist ein weiterer Beleg dafür. Damit soll der
Gefühlshaushalt der Zuschauer zur Empörung über Putins Krieg mobilisiert

werden, dafür sind die beim letzten Termin diskutierten Gleichungen alle unterstellt.

230 — *In dem Zitat offenbart der SPIEGEL, was er daran so schätzt, wenn ein bejubelter Star, der Millionen follower hat, seine eigene Betroffenheit von dem Krieg ins Netz stellt und seine Anhänger sich ihrem Vorbild anschließen und so den Krieg hautnah nachvollziehen können: Das Manipulative, in dem dieses soziale Medium mit seiner Emotionalität den hergebrachten Printmedien etc. so überlegen ist.*

235 Der SPIEGEL ist da ganz funktionalistisch: Was für Kriegshetze taugt und auch Leute erreicht, die keine Zeitungslerner oder Leser des SPIEGEL sind, findet er gut.

2. Bemerkungen zur Machart freiheitlich-demokratischer Kriegspropaganda (GS 3-22)

240 Was ist mit der Einleitung gemeint? Der Artikel fängt damit an: Krieg kommt nicht vor. Wir haben ja schon über Talkshows und deren Art der kontroversen Diskussion geredet, inwiefern ist das Urteil „Angriffskrieg“ die Verabschiedung von der Beschäftigung mit dem Krieg der Sache nach?

245 — *Wenn sich wirklich mit dem Krieg befasst würde, müsste eine inhaltliche Diskussion über den Krieg zum Ausdruck bringen, worum es geht: Dass Weltmächte mit ihren Ansprüchen gegeneinander stehen; dass die Ukrainer ihre Interessen verfolgen; wie dann der Krieg geführt wird. Auch wie so ein staatlicher Gewaltmonopolist seine Bürger vereinnahmt und als Opfer vorsieht. Das kommt alles nicht vor. Das Urteil: dieser Krieg ist ein Angriffskrieg, ist kein Urteil über diesen Krieg, sondern eine Verurteilung dieses Krieges.*

Insofern wird das Urteil über diesen Krieg dadurch ersetzt, dass er von A bis Z eine Frage der Moral ist. In welchem Sinne, ist mit Angriffskrieg auch gesagt: die Kriegsparteien sind moralisch eingeordnet als Angreifer und Opfer.

255 — *Damit ist die Schuldfrage als solche aufgemacht und gleich geklärt: Einer hat angegriffen, der ist der Schuldige. Der Angreifer hat die Schuld auf sich geladen und einen (deswegen!) Unschuldigen überfallen. Damit ist man von der Befassung damit weg, was sich zwischen diesen Staaten abspielt und beim rein moralischen Beurteilen angelangt.*

260 Die Übersetzung in die Moral passiert durch die Übersetzung in die Schuldfrage. Der Krieg ist nicht das, worum es in ihm geht, also das, worum er geführt wird. Was im Krieg passiert, wie er abläuft, ist alles nicht Thema. Wenn nur die Frage gestellt wird: ‚Wer hat angefangen, wer ist schuld?‘, dann ist nicht der Krieg selbst Thema, sondern der Krieg als ein Verbrechen der einen Seite gegen die andere Seite, die darunter leidet. Dabei wird alles ausgeblendet, was sich aus Zwecken, 265 Kalkulationen und der daraus folgenden Art der Kriegsführung ergibt. Und auch, was das für die Leute heißt, wird nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, was für ein Verbrechen verübt wird und wer darunter leidet. Die „Angegriffenen“ sind dann diejenigen, die mit allen Mitteln dagegen halten müssen. Die sind zwar einerseits nur betroffen, andererseits sind sie diejenigen, die dem Bösen widerstehen und 270 unsere Unterstützung brauchen.

*

Wie der Krieg in der Öffentlichkeit Thema ist und wie die Besprechung sofort davon weg ist, was diesen Krieg auszeichnet – das alles haben wir ja schon beim letzten Termin beredet. Was erfährt man dann in diesem Artikel über das bereits
275 Besprochene hinaus?

— *Der Öffentlichkeit geht es um die eindeutig geforderte Parteilichkeit für die Ukraine als unschuldiges Opfer; im Artikel geht es um die Methoden der Öffentlichkeit, diese Parteilichkeit permanent zu fördern. Glaubwürdigkeit, Authentizität usw. sind die einzelnen Methoden, wie das die Öffentlichkeit
280 präsentiert.*

Die Botschaft, die an den Mann gebracht werden soll, ist klar. Was leistet aber bei der Aufbereitung der Botschaft die Form, in der die Botschaft präsentiert wird? Die enthält ja gar keine neuen Informationen.

— *Die Methodik steht dafür, dass die Öffentlichkeit viel dafür tut, um ihr Urteil, das sie den Leuten über den Krieg vermitteln will – Putin ist der Feind und unser Dagegenhalten im Krieg ist gerecht und notwendig –, als die Objektivität des Krieges darzustellen. Sie machen nicht nur Propaganda für eine Seite, sondern sie bemühen sich, ihre Darstellung als die Objektivität des Krieges hinzustellen.*
285

Mit der Qualifizierung des Krieges als Angriffskrieg und den darin steckenden, bereits erläuterten moralischen Urteilen, also mit dieser geistigen Grundlage ist ihr umfängliches Berichtswesen – die Information der Öffentlichkeit über den Krieg – immerzu nichts anderes als das Abrufen der Empörung, die mit Angriffskrieg schon feststeht; jeder Bericht illustriert nichts anderes als dieses Unrecht seitens Putins. Diese methodischen Touren, mit denen ohne jedes Urteil
290 über die Sache diese Identität immer wieder neu und auf andere Weise aufgetischt wird, sind die Art und Weise, wie man die Parteilichkeit als objektive Berichterstattung über die Sache, als sachliche Information über den Krieg darstellt. Dazu dienen die angeführten Formen.
295

— *Stichwort: glaubwürdige Information. Da werden Informationen gebracht über Leichenfunde in Gräbern und Informationen über den Beschuss des russisch besetzten AKWs und dazu kommt der Hinweis, das könne alles nicht unabhängig überprüft werden, es gibt keine unabhängige Bestätigung der Information. Aber das soll nicht dafür stehen, dass der Beitrag mit einem Zweifel behaftet ist, sondern der Berichterstatter gibt sich den Schein eines kritischen Vorbehalts, einer gesunden Skepsis – gerade das soll sein Urteil über die Sache beglaubigen. Sein Urteil steht fest: ohne den russischen Angriffskrieg gäbe es das alles nicht, seine Informationen sind also ein Beleg dafür, gerade weil er sie so kritisch vorträgt.*
300
305

Dass dieser Angriffskrieg ein einziges Kriegsverbrechen ist, soll man überall merken und die Informationen sollen das zu Tage bringen. Die Tour zu sagen, dass die Berichterstattung darüber, wer was gemacht hat, nicht zu überprüfen ist, belegt nur, dass man nicht einfach parteilich berichtet, sondern man sich um eine rein sachliche, objektive Darstellung bemüht. So macht sich der Journalist als Berichterstatter glaubwürdig. Damit ist alles, was er berichtet, gerade nicht zu
310 hinterfragen.
315

Der Artikel will aufzeigen, dass nicht nur die Parteilichkeit in den Nachrichten und der Kriegsberichterstattung im Fernsehen der Witz sind, sondern man soll sich

die Methodik klarmachen, mit denen das, was die Journalisten berichten, als objektive und sachliche Information daherkommt. Es sind die Methoden, die dieser Parteilichkeit den Mantel der Objektivität verpassen. Dazu dienen diese Formen der Berichterstattung.

3. Die Grünen – Die glaubwürdigsten Repräsentanten deutscher Stellvertreterkriegsmoral (GS 2-22)

Die Grünen in Gestalt ihrer Minister sind besonders glaubwürdige Repräsentanten deutscher Kriegsmoral. Der Artikel spricht von „Stellvertreterkriegsmoral“. Was ist das Besondere daran?

— *Das Besondere an der Stellvertreterkriegsmoral ist der in ihr enthaltene moralische Widerspruch. Der besteht darin, dass der Krieg von Deutschland nicht direkt geführt wird, sondern es ihn von der Ukraine über Waffenlieferungen etc. führen lässt.*

— *Dabei sagt Außenministerin Baerbock nicht, dass die Ukraine gute Gründe dafür hat zu kämpfen, sondern dass der russische Angriff einer auf uns ist, auf alles, was uns wichtig und richtig erscheint, was unsere Werte ausmacht. Moralisch betrachtet wäre es aber dann eigentlich nicht in Ordnung, die Ukrainer alleine kämpfen zu lassen, sondern dann müssten wir auch selber kämpfen. Das ist der Widerspruch. Die Ukraine kämpft auch für uns; wir beteiligen uns aber nicht.*

Baerbock vertritt also den Standpunkt, dass die Art der deutschen Kriegsbeteiligung, die sie als Mitglied der Regierung und damit Mitbeschließende mit zu vertreten hat, sich aus dem einzig gebotenen moralischen Standpunkt, den auch jeder Deutsche einnehmen müsste, ergibt: Dieser Angriffskrieg ist nicht zuzulassen; wir müssen gegen das Böse vorgehen und das Gute nach Kräften unterstützen. Dieser Stellvertreterkrieg passiert als Unterstützung der Ukraine – aber auch nicht bedingungslos. Das ist von der moralischen Seite her eigentlich eine komische Angelegenheit. Damit schlägt sie sich herum. Es geht hier darum, wie sie das macht. Sie sagt, dass sie für werteorientierte Außenpolitik steht, deren Moral es erfordert, sich ganz gegen das Böse einzusetzen. Und sie tritt den Beweis dafür an, dass das überhaupt kein Widerspruch sei: der Zweck des Krieges widerspricht zwar dem, was sie als moralische Aufgabe zu verfolgen angibt, aber sie behauptet, das passe genau zusammen.

— *Wenn Baerbock sich mit dem moralischen Widerspruch herumschlägt – ‚Die Schrecken des Krieges verlangen von uns alles an Unterstützung, was irgendwie geht‘; aber eben nur für den Stellvertreter! –, erschlägt sie die Diskrepanz darüber, dass sie sagt: ‚Glauben Sie uns, wir tun alles, was wir können, zaubern können wir aber nicht‘ (S. 37). Soll heißen: Deutschland tut was es kann, mehr geht nicht.*

Sie ist aber schon damit befasst, diesen Widerspruch wegzukriegen. Dass sie diese Rechtfertigung überhaupt für nötig befindet, sieht man daran, wie sie gegen den Zweifel antritt, ob ihr moralischer Rigorismus auch wirklich die Praxis des Regierungshandelns bestimmt. Dass sie gegen diesen Zweifel ankämpft, macht umgekehrt deutlich, dass das eine Stellvertreterkriegsmoral ist, nicht die Kriegsmoral eines selber im Krieg befindlichen Staates.

— *Jeden Tag ist Thema, welche Waffen dürfen geliefert werden; müssen wir uns nicht, wenn wir schwere Waffen liefern, mit unseren Verbündeten absprechen etc.? Aber wenn sie das ständig zum Thema macht, wie sie sich abarbeiten, ist das doch auch ein Beleg für unsere gute moralische Stellung dazu.*

Die Tour von ihr ist im Prinzip immer dieselbe: Wir müssen gegen diesen Angriffskrieg, der unsere Friedensordnung verletzt hat, mit aller Härte vorgehen. Darin besteht das erste Ziel ihrer Außenpolitik. Das zweite Ziel der Bundesregierung ist aber, sich nicht selber in den Krieg hineinziehen zu lassen. Die Ukraine führt für uns einen Stellvertreterkrieg und das ist politisch so gewollt. Moralisch ist daran überhaupt nichts auszusetzen, sondern das ist genau der Inhalt von moralischer und wertegeleiteter Außenpolitik. Nämlich sich ganz davon leiten zu lassen, dieses Böse in der Welt zu bekämpfen. Dass wir das von der Ukraine durchkämpfen lassen, ist kein Widerspruch zu unserer moralischen Pflicht. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, dieses moralische Ziel zu verfolgen und unterstützen die Ukraine nach Kräften. Baerbock ist die erste, die sagt: was möglich ist zu liefern, das tun wir ohne Hemmungen. Was die Ukraine an Unterstützung fordert, sind wir bereit zu leisten, wenn wir es geben können.

— *Man kann das an der Äußerung an ihrem ersten Zitat (S. 36) auch sehr gut zeigen. Einerseits spricht sie direkt aus, dass der Krieg uns nicht direkt betrifft, sondern die Ukraine. Dann wird die Identität darüber hergestellt, dass es eine unmittelbare moralische Anforderung an uns ist, da zu helfen, weil: Die Kriegsgeschehnisse könnten auch wir sein. Darin liegt sowohl die Feststellung, dass das nicht unser Krieg ist als auch die Anstrengung, auf der Ebene der Moral die Identität herzustellen.*

Die Identität herzustellen geht allein darüber, dass sie sich als empfindsamer Mensch und nicht als Ministerin darstellt.

— *Das ist die Anwendung von diesem Wir: Wir sind nicht ohnmächtig, wir lassen die Ukraine bei dieser rücksichtslosen Aggression nicht allein. Das ist die Einbeziehung des deutschen Publikums in das, was sie als ihre Fassungslosigkeit präsentiert hat.*

Mit diesem „Wir sind nicht ohnmächtig“ ist sie wieder bei sich als Ministerin, die was zu sagen hat, die Politik *macht*, und präsentiert die Politik als eins zu eins umgesetzte Moral.

— *Damit ist auch die Frage beantwortet, die schon im Titel des Artikels steht: Warum sind die Grünen die glaubwürdigsten Repräsentanten der Kriegsmoral? Die Antwort geht darauf, dass die Grünen auf dem Feld der Moral eine lange Karriere hinter sich haben. Man kann sich noch erinnern, wie sie im Lauf der letzten Jahre und Jahrzehnte immer ihre Ideale hochgehalten haben, wie Frieden, Umwelt usw., und wenn sie in der Vergangenheit bei anderen Parteien angeeckt sind – Stichwort realitätsfremd oder schadet der Wirtschaft –, kommt das im Augenblick überhaupt nicht mehr. Die Betrachtung des jetzigen Kriegsgeschehens ist eine pur moralische Veranstaltung und da sind die Grünen gerade mit ihrem Friedensideal bestens aufgehoben.*

Genauer: Das, was sie früher als Opposition von der Politik eingefordert haben, ist genau diese Identität von Moral und praktizierter Politik, die sie jetzt repräsentieren. Genau das war immer der Vorwurf an die Politik, dass sie das nicht leistet.

410 Der Witz ist, dass sie behaupten, dass das, was sie betreiben, nichts anderes ist als die Umsetzung ihrer Ideale. Sie trennen nicht zwischen Ideal und Politik. Dabei ist das Ideal immer der schöne Maßstab, an dem man die Politik messen kann, diese hat aber ihre eigenen Notwendigkeiten, das weiß in der Politik ja noch jeder. Bei den Grünen soll gerade das, was der politische Zweck ist, mit dem, was sie als Moral vertreten, zusammenfallen, das ist ihr politischer Anspruch.

415 Dass die Grünen jetzt als Regierende ihre Moral präsentieren können, was macht da den Vorteil für ihre Glaubwürdigkeit aus? Punkt 1. im Artikel hat ausgeführt, dass die Grünen glaubwürdig in dieser Kriegslage sind, weil sie schon immer auf diesem Rigorismus bestanden haben, dass nur die Moral und sonst nichts die politische Praxis bestimmt, oder zumindest zu bestimmen hat. In Punkt 2. geht es
420 darum, dass sie jetzt diejenigen sind, die die politische Praxis *bestimmen*.

— *Wenn sie jetzt diese politische Praxis bestimmen, beglaubigt diese Praxis umgekehrt auch ihren Rigorismus. Sie sind jetzt als Minister des Außen und der Wirtschaft Inhaber der Macht und können dadurch ihren Rigorismus beglaubigen.*

425 — *Dies bei einer Partei, die immer mit ihren Idealen Opposition gemacht hat und von der anderen Seite vorgehalten bekam, sie müsse erst mal Politik machen, dann werde sie schon merken, was die Realität ist – sich also schon die Hörner abstoßen und realistisch werden. Jetzt setzen sie als Minister die Realität, keiner kann ihnen mehr vorwerfen, dass sie realitätsblind sind.*

430 — *Die Ideale halten sie nach wie vor hoch. Aber Ideale bestimmen nie die Politik, sondern politische und ökonomische Zwecke. Aber die Ideale beglaubigen die Praxis.*

Aber Baerbock lässt gerade den Unterschied zwischen Ideal und Erfordernissen der Politik nicht gelten. Sie sagt, ihre Politik ist moralorientierte Außenpolitik, ihre Außenpolitik ist praktizierte Moral. Und dass sie das auch wirklich praktiziert, beweist sie darin, dass sie bei ihren Auftritten als Außenpolitikerin behauptet, sie
435 mache das, was jetzt moralisch geboten ist. Ihr Rigorismus besteht gerade darin, lautstark die unbedingte Unterstützung der Ukraine zu fordern – oder auch mehr Unabhängigkeit von China, weil das auch ein autoritäres System ist. Darin beweist sie, dass sie für die Identität von Moral und Politik steht.

440 In der aktuellen Kriegslage gilt das ganz besonders. Da ist die Militanz der Politik die Beglaubigung der Rigorosität der Moral. Also genau das, was jetzt das Amt eines Außen- oder Wirtschaftsministers im Wirtschaftskrieg an Militanz gegenüber Russland gebietet. Diese Kompromisslosigkeit, dieses rigoros moralische Auftreten Baerbocks macht glaubhaft, dass Moral und Politik in eins fallen. Das
445 ist im Artikel zusammengefasst als Dreiecksverhältnis von moralischem Rigorismus, der Macht des Amtes und der aktuell angesagten krieglerisch kompromisslosen Amtsführung (S. 39, Mitte).

Die besondere Tour Habecks kann man nächstes Mal besprechen, sollte es noch Fragen dazu geben.

450

*

Jour fixe vom 19.09.22: